

*Es gilt das gesprochene Wort*

**Haushaltsrede 2019**  
**CDU-Fraktion**  
**Ewald Hanisch, Fraktionsvorsitzender**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Ratsmitglieder, verehrte Zuhörer,

**„Die fetten Jahre sind vorbei.“**

Das erklärte jüngst Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) und fügte hinzu: „Von jetzt an erwarte ich keine unvorhergesehenen Mehreinnahmen mehr.“

In der Tat mehren sich die Anzeichen, die eine konjunkturelle Abschwächung andeuten. So rechnet der Industrieverband BDI nur noch mit einem Wachstum von 1,5 %, im Fall eines chaotischen Brexits noch mit deutlich weniger. Nach vorläufigen Berechnungen des statistischen Bundesamtes hat die Wirtschaftsleistung in 2018 um 1,5 % zugelegt, während es in den beiden Vorjahren jeweils 2,2 % waren.

Zugegeben – eine Rezession sieht anders aus, aber die rosigen Wachstumszeiten der vergangenen Dekade laufen langsam aus. Zwar hat es 2018 einen sehr hohen positiven Finanzierungssaldo des Staates in Höhe von fast 60 Mrd € gegeben, aber die Begehrlichkeiten der Politiker wachsen.

Manche kommen einfach nicht damit klar, etwas „auf der hohen Kante“ zu haben und rufen lauthals nach Ausgabeprogrammen statt das Geld für die unweigerlich kommenden schlechteren Zeiten zurückzuhalten.

Wohltaten mit der Gießkanne sind sehr in Mode, Leistung um Leistung wird erfunden und die große Politik verteilt großzügig unser Geld als gäbe es kein Morgen.

In diesem Zusammenhang ist auf eine Stellungnahme von Gerd Landsberg vom Städte- und Gemeindebund Ende 2018

(WB 27.12.2018) hinzuweisen, der eine zunehmende Vollkaskotalität in Deutschland beklagt, wonach jedem Problem mit dem Versprechen begegnet wird, das es mehr Geld gebe und natürlich mehr Personal.

Kaum beachtet würde, dass der Staat nur das verteilen könne, was er Bürgern zuvor über Steuern und Abgaben entzogen habe.

In der Tat meine auch ich, dass sich nicht bei jeder sich auftuenden gesellschaftlichen Frage gleich ein Sozialarbeiter auf den Weg machen muss.

Damit ich an dieser Stelle nicht falsch verstanden werde erlauben Sie mir den Hinweis, dass auch die CDU für die Schulsozialarbeiter gestimmt hat, wenn wir auch grundsätzlich der Meinung sind, dass Personal an der Schule vom Land zu bezahlen ist.

An die ständigen Forderungen der Wohlfahrtsverbände hat man sich ja bereits gewöhnt, aber eine in jüngster Zeit geführte Diskussion in Bayern über Pläne zu dritten Toiletten in geplanten Grundschulen in Taufkirchen, Garding und Pullach (WB 31.01.2019) zeigt eines ganz deutlich:

Man kann sich Probleme auch machen, wenn man keine hat!

Zum Hintergrund: Inzwischen kann in Geburtsurkunden neben männlich und weiblich auch ein Geschlecht „Divers“ eingetragen werden – und diese Diversen brauchen ein eigenes Klo, zumindest nach Meinung von Dorothea Weniger von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Müssen wir also künftig auch in Brakel in die Sanitärausstattung investieren - in Schulen, Feuerwehrgerätehäusern, Verwaltung, Stadthalle, Dorfhallen etc.?

Ich hoffe sehr, dass wir von solchen überflüssigen Diskussionen verschont bleiben, haben wir doch in den nächsten Jahren erhebliche Investitionen in den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung zu stemmen.

Unter einem anderen TOP der heutigen Sitzung werden wir mehr

dazu erfahren.

Wichtig ist uns als CDU-Fraktion dabei, dass die geplanten Investitionen nachhaltig sind und sich nicht nach einigen Jahren herausstellt, dass man vieles hätte anders und besser machen können.

Ganz sicher haben wir aber auf diesem Gebiet einen gewissen Nachholbedarf.

Zum Thema Investitionen:

Brakel gehört zu den Kommunen, die sich mit Blick auf den Haushalt in der Vergangenheit manche Investition verkniffen hat. Auch die jüngste Entscheidung des Bauausschusses, einen neuen sehr teuren Aufzug am Haus des Gastes abzulehnen, beweist, dass die Ausschussmitglieder sich ihrer Verantwortung für die Finanzen der Stadt bewußt sind.

Wir möchten auch nicht eines Tages die Standpauke des Kämmers erdulden müssen, wie die Ratsmitglieder einer Nachbarkommune ganz in unserer Nähe. Dort hat der Kämmerer in einer Brandrede eine neue Bescheidenheit gefordert und vor finanziellem Schiffbruch gewarnt.

Ich bin froh, dass wir hier in Brakel alle miteinander Bodenhaftung behalten, dass wir Projekte des ISEK auf mehrere Jahre verteilt haben.

Wir haben in unseren Schulen regelmäßig investiert und tun dies auch weiterhin, so dass wir auf ein Mammutprogramm im Schulbereich verzichten können.

Auch in die Bäder sind regelmäßig Unterhaltungsmittel geflossen. Die geplanten Renovierungsarbeiten im Bereich Umkleiden/Duschen/Foyer des Hallenbades, die wir im vergangenen Jahr auf 2019 verschoben haben, sollen nunmehr mit Hilfe von Fördermitteln aus dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen“ durchgeführt werden - sofern

Fördermittel zur Verfügung gestellt werden.

Das dies nicht selbstverständlich ist, beweist das Debakel um die sogenannte IKEK-Förderung. Mit viel Tamtam wurden seinerzeit umfangreiche Pläne für die Brakeler Dörfer in Dorfwerkstätten und Arbeitskreisen entwickelt, ein umfassendes Kompendium erstellt und die Pläne von der Bezirksregierung genehmigt.

Allerdings wurde in keinem einzigen beantragten Fall bisher eine Bewilligung ausgesprochen - die von der Landesregierung zur Verfügung gestellten Mittel waren in 2018 einfach viel zu niedrig. Die CDU-Fraktion hofft nunmehr, dass die entsprechenden Mittel in 2019 zur Verfügung gestellt werden, damit auch auf den Dörfern Projekte umgesetzt werden können und die entsprechenden Haushaltspositionen keine Nullnummern bleiben.

Nach 12,5 Mio € in 2018 sind die veranschlagten Investitionen mit 13,3 Mio € in 2019 noch ein wenig höher, wobei zu berücksichtigen ist, dass in 2018 längst nicht alles umgesetzt wurde, was im Plan veranschlagt worden ist. Ein Beispiel dafür ist die geplante Fischtreppe an der Brucht in Bellersen, die sich nunmehr schon durch mindestens 3 Haushaltspläne „schlängelt“.

Aufgrund der in diesem Jahr noch guten Rahmenbedingungen wurden in den Vorberatungen im HFA keine Ansätze gestrichen sondern lediglich in 3 Fällen Sperrvermerke gesetzt.

Die CDU-Fraktion begrüßt ausdrücklich die durch die neue Landesregierung vorgenommenen Verbesserungen bei der kommunalen Finanzausstattung, insbesondere die nunmehr vollständige Weitergabe der Integrationspauschale mit rund 300 T€ sowie die im GFG 2019 neu verankerte Aufwands- und Unterhaltungspauschale von immerhin 361 T€.

Dennoch verbleibt im Haushalt ein Defizit von 617.000 €, welches hoffentlich bei sorgsamer Haushaltsführung im tatsächlichen Haushaltsvollzug noch verringert werden könnte.

Liebe Zuhörer,

Sorge bereitet mir die zunehmende Antragsbürokratie, die eigene Entscheidungsspielräume zunehmend einengt. Wieviel Geld könnte bei Bezirksregierung und Landesverwaltung eingespart werden, wenn man das in diversen Programmen zur Verfügung gestellte Geld den Kommunen im Rahmen der Schlüsselzuweisungen ohne Zweckbindung direkt zukommen lassen würde?

Sorge bereitet mir auch die vom Bundesverfassungsgericht verlangte Reform der Grundsteuer, die bis zum Jahresende beschlossen werden soll. Immerhin habe man sich kürzlich in einem Eckpunktepapier über Grundzüge verständigt, konnte man gerade in der Zeitung lesen. Das klingt in meinen Ohren nicht gerade ermutigend. Statt auf ein einfaches Flächenmodell zu setzen, bei dem nur objektive Größen wie Grundstücks- und Wohnungsgrößen eine Rolle spielen, sollen nunmehr auch das Alter von Gebäuden und durchschnittliche Mietkosten berücksichtigt werden. „Von einer Einigung sind wir aber noch ziemlich weit entfernt“, wird der bayrische Finanzminister in diesem Zusammenhang zitiert. Ich befürchte eine Einigung in letzter Minute, das Entstehen eines Bürokratiemonsters und einen enormen zeitlichen Druck für die Entwickler entsprechender Software und natürlich auch für die Verwaltungen, die all das letztlich umzusetzen haben.

Herr Schlenhardt, ich beneide Sie nicht um diese Aufgabe!

Auf die Erhebung dieser Steuer generell zu verzichten, ist angesichts der Dimension natürlich unmöglich. Bundesweit fließen 14 Mrd € durch sie in die kommunalen Kassen, in Brakel allein sind es rund 2,4 Mio €.

Dieser Hinweis erscheint mir an dieser Stelle wichtig, gibt es doch auf anderen Gebieten die Forderung, auf die Erhebung von Beiträgen generell zu verzichten und die ausfallenden Beträge

vom Land einzufordern. Einmal davon abgesehen, dass die finanziellen Möglichkeiten gerade des Landes NRW mit rund 190 Mrd € Schulden (im klassischen Landesetat und in den Extrahaushalten) begrenzt sind, würde eine solche Regelung bei den Straßenbaubeiträgen nach KAG auch zu wachsenden Begehrlichkeiten in der Bevölkerung führen. Wenn keine Beitragsveranlagung mehr droht wird der Ruf nach Ausbau und Verbesserung der Straße vor der eigenen Haustür mit Sicherheit lauter und die Kommune hätte das Problem, alle diese Wünsche entsprechend abzuarbeiten. Ein Narr wer glaubt, dass es beim derzeitig diskutierten Niveau von 120 Mio € Beitragsausfall auf Landesebene bliebe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
vieles ließe sich an dieser Stelle noch sagen. Über vieles könnte man noch lamentieren, auch viele positive Aspekte benennen.

Aus Zeitgründen möchte ich nur noch ein Thema kurz ansprechen – der eigene Förster für den Brakeler Stadtwald.

Die CDU-Fraktion hat bekanntlich beantragt, den Stellenplan im Bereich der tariflich Beschäftigten um eine Stelle für einen noch einzustellenden eigenen Förster zu erweitern.

Hintergrund dieses Antrages ist die dringliche Notwendigkeit einer Neuorganisation der Holzvermarktung, die künftig nicht mehr durch den Landesbetrieb Wald und Holz vorgenommen werden darf aufgrund von kartellrechtlichen Problemen und daraufhin erfolgtem Beschluss der Landesregierung, die kooperative Holzvermarktung für den Privat- und Kommunalwald zum 01.01.2020 einzustellen.

Wir wollen weiterhin Beförderung und Vermarktung in einer Hand wissen, wie dies in der Vergangenheit beim Forstamt auch der Fall war. Mit einer Größe von rund 1550 ha erscheint uns der Stadtwald Brakel groß genug, um einen eigenen Förster zu tragen. Sicher, der Mann oder vielleicht auch die Frau kostet Geld,

andererseits sparen wir uns aber auch Gebühren ein, die sonst für Beförderung und Vermarktung fällig würden.

Wichtig ist mir an dieser Stelle der Hinweis, dass dies eine strategische Entscheidung darstellt und nicht auf eine etwaige Unzufriedenheit mit den bisherigen Förstern des Forstamtes zurückzuführen ist.

Nunmehr ist es Zeit, mich bei Ihnen zu bedanken, dass Sie mir so lange geduldig zugehört haben, auch wenn ich nicht immer nur unmittelbar zum Haushalt gesprochen habe.

Als studierter Volkswirt lese ich bis heute zunächst als erstes den Wirtschaftsteil und erst dann die Lokalnachrichten und mache mir so meine Gedanken, was das eine mit dem anderen zu tun haben könnte.

Einigen dieser Gedanken zu folgen hatten Sie heute das Vergnügen oder auch Mißvergnügen – je nach Gusto.

Ein herzliches Wort des Dankes möchte ich auch in diesem Jahr wieder im Namen der CDU-Fraktion den Mitarbeitern der Verwaltung mit Bürgermeister Hermann Temme an der Spitze aussprechen für die umfangreiche Arbeit im abgelaufenen Jahr.

Bedanken möchte ich mich auch bei den übrigen Fraktionen im Rat der Stadt Brakel für die vertrauensvolle und angenehme Zusammenarbeit in 2018.

Das ist nicht selbstverständlich und wir alle sollten versuchen, den bisherigen respektvollen Umgang weiterhin zu pflegen.

Wenn uns das gelingt, bin ich zuversichtlich, dass wir auch weiterhin konstruktiv zum Wohle unserer Heimatstadt Brakel und der zugehörigen Dörfer arbeiten werden.

**Die CDU-Fraktion stimmt dem Haushalt 2019 mit den noch zu beschließenden Änderungen zu.**

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!